

Stadt steht vor Verlust von 24 Millionen Euro im Jahr

Ein neuer Verteilungsschlüssel für die Umsatzsteuer trifft Frankfurt 2009 vermutlich sehr hart. Noch aber muss der Bundesrat zustimmen.

Frankfurt wird von 2009 an voraussichtlich rund 23,7 Millionen Euro im Jahr weniger aus der Umsatzsteuer erlösen. Dies geht aus einem Magistratsbericht hervor. Demnach sieht das Bundesfinanzministerium für das nächste Jahr im Zuge der Gemeindefinanzreform einen neuen Schlüssel zur Verteilung des Gemeindeanteils an dieser Steuerart vor. Derzeit bekommen die Kommunen 2,2 Prozent der Umsatzsteuersumme. Kämmerer Uwe Becker (CDU) rechnet für das Haushaltsjahr 2008 mit rund 127 Millionen Euro, das sind etwa sieben Prozent der städtischen Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen.

Wie aus dem Magistratsbericht weiter hervorgeht, müssen die hessischen Kommunen „bei Anwendung des zurzeit favorisierten Verteilungsschlüssels“ mit insgesamt rund 26 Millionen Euro Mindereinnahmen rechnen. Besonders getroffen würden die kreisfreien Städte, allen voran Frankfurt, das rund 22 Prozent seiner Einnahmen aus der Umsatzsteuer einbüßen würde. In mehreren Schreiben an das hessische Finanzministerium und den Deutschen Städtetag habe sich die Stadt gegen die geplanten Änderungen gewandt.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Hessischen Städtetags, Jürgen Dieter, sagte auf Anfrage, die Pläne der Bundesregierung sähen zwar keine Verringerung der 2,2-prozentigen Steuerquote für die

Kommunen vor, jedoch solle die Umsatzsteuer anders berechnet werden. Während bisher noch Daten der 1998 abgeschafften Gewerbesteuer zu 40 Prozent in die Ermittlung der Summe geflossen seien, solle dieses sogenannte Anknüpfungselement bis 2018 in Dreijahres-Schritten abgeschafft werden. Das habe auch einen praktischen Grund. Denn die Unternehmen seien seit der Abschaffung der Gewerbesteuer nicht mehr verpflichtet, entsprechende Daten zu erheben. Derzeit werde noch mit Werten aus dem Jahr 1995 gerechnet. Der Anteil an der Umsatzsteuer war den Kommunen gewährt worden, um die Ausfälle bei der Gewerbesteuer zumindest annähernd aufzufangen. Durch die Pläne würde sich nach Dieters Worten die Verteilung der Umsatzsteuersumme zwischen den Kommunen ändern: „Frankfurt wird da zur großen Verliererin.“

Mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren sollten künftig Berechnungselemente wie die Zahl der Beschäftigten und die Höhe der Gewerbesteuer stärker herangezogen werden, erläuterte Dieter weiter. Doch könnten diese „Anknüpfungselemente“ den Wegfall des Gewerbesteuer-Anteils in Frankfurt nicht kompensieren. Die Stadt sei früher eben „sehr gewerbesteuerstark“ gewesen. Der Städtetag habe sich zu diesem Thema deutlich geäußert: „Das wäre für Hessen sehr verlustreich. Wir können das nicht mittragen.“ Aufgrund von Gesprächen mit dem Finanzministerium in Wiesbaden sei davon auszugehen, dass das Land bei der ausstehenden Abstimmung im Bundesrat gegen die Änderung votieren werde. „Aber es wird schwer, das noch zu stoppen.“ *trö.*

40 neue Hinweise im Fall Tristan

„Aktzeichen XY“: Ermittler hoffen auf „heiße Spur“

Im Fall des vor zehn Jahren ermordeten Schülers Tristan Brübach sind rund 40 neue Hinweise eingegangen, nachdem sich am Mittwochabend die Fernsehserie „Aktzeichen XY“ mit der Tat befasst hatte (F.A.Z. vom 25. März). Die Hinweise würden derzeit ausgewertet, sagte Polizeisprecher André Sturmleit. Ob eine „heiße Spur“ darunter sei, werde

son sei etwa eine Woche später in der Kanzlei eines Wirtschaftsanzwalts aufgetaucht und dort nach kurzer Anhörung an einen Strafverteidiger verwiesen worden. Dort ist er jedoch nie gesehen worden. Den Ermittlern ist bis heute nicht bekannt, weswegen der Unbekannte juristischen Rat einholen wollte. Nach Ansicht der Polizei könnte der Mann der Täter oder aber ein wichtiger Zeuge sein. Der Mord an dem 13 Jahre alten Schüler Tristan Brübach gilt als eine der grausamsten Taten, die in Deutschland je an einem Kind verübt worden sind; Kriminologen halten den Fall für einmalig. Der Junge wurde im Liederbachtunnel neben dem Höchster Bahnhof ermordet aufgefunden. Der Täter hatte ihn mit einem bis zur Wirbelsäule reichenden Schnitt durch den Hals getötet, zudem entnahm er ihm die Hoden und schnitt Fleisch aus Schenkeln und Gesäß. Auch erfahrene Ermittler hatten die Tat damals als ungewöhnlich brutal und das Vorgehen des Täters als äußerst kaltblütig bezeichnet.

Die Polizei ist in den vergangenen Jahren immer wieder neuen Spuren nachgegangen. Doch auch ein vielversprechender Hinweis, den eine öffentliche Fahndung längere Zeit nach der Tat ergab, hat nicht zum Erfolg geführt. „Es gibt Fälle, die werden selbst nach 25 Jahren noch aufgeklärt“, sagt Polizist Fey. „Das ist die Hoffnung, die ich habe.“ *isk.*

Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 7 55-511 08 entgegen.



Schwindelfrei: Fassadenkletterer reparieren die Sozialstation in Bockenheim.

Foto Daniel Pilar

Mit dem Akkuschrauber in luftiger Höhe

Irgendwo surrt ein Akkuschrauber. Das Geräusch kommt aus einer unerwarteten Richtung – von oben. Im achten Stockwerk, knapp 20 Meter über der Erde baumelnd, hantieren drei Fassadenkletterer mit dem Werkzeug. Schraube und Dübel raus. Dübel und Schraube rein. 12 000 Mal geht das so, dann haben die Männer der „Kletter-Spezial-Einheit“ die Sozialstation Bockenheim von allen vier Seiten gesichert. Für Uwe Beier und seine Kollegen sind die zwölf Stockwerke des Gebäudes am Rohmerplatz „eigentlich keine Höhe“. Gewöhnlich turnen sie 200 Meter über dem Erdboden an den Fassaden der Hochhäuser. Und das bei jeder Witterung. Die wasserdichten Overalls schützen vor Regen und Schnee. „Die Jungs sind nicht aus Zucker“, sagt Beier. Nur wenn der Wind zu stark bläst, nehmen

sie sich eine Auszeit. Beier arbeitet viel lieber an den richtig hohen Türmen: „Wenn du da abstürzt, lebst du noch etwas länger“, sagt er und zeigt beim Lachen eine Zahnücke. Angst hat er nicht. Die Seile halten bis zu drei Tonnen Gewicht.

Kyrril war schuld: Zwischen der dritten und vierten Etage hatte der Orkan die verschraubten Platten an der Fassade der Sozialstation gelöst. Die Platten aus Faserzement segelten zu Boden. Eigentlich soll das graue Gebäude aus dem Jahr 1964 erst in eineinhalb Jahren saniert werden: Die Fassade wird erneuert, der Grundriss der Büros der 60 Mitarbeiter geändert, der Brandschutz verbessert. Damit die Platten bis dahin halten, tauschen Beier und seine Kollegen die alten Schrauben aus. Welche Muskeln dabei

am wichtigsten sind? „Die hier“, sagt der Höhenarbeiter und klopft sich grinsend gegen die Schläfe. Denn nur wer hellwach bei der Sache ist, sollte sich nach oben wagen: „Wenn sich einer mal nicht gut fühlt, muss er nicht raus.“ Als er mit dem Beruf anfing, hatte Beier selbst Höhenangst. „Aber das legt sich. Ich gewöhnte mich Schritt für Schritt an die Höhe.“ Zu dritt seilen sich die Fassadenkletterer an der Seite des Gebäudes ab. In der nächsten Woche stoßen zwei weitere Kollegen hinzu. In eineinhalb Wochen soll die Arbeit abgeschlossen sein. Rund 20 000 Euro kostet diese Form der Sanierung – 15 000 Euro weniger als mit einem Hubwagen. Eine Regel sollten die Handwerker vor allem beherzigen, bevor sie sich ins Seil hängen, sagt Beier: „Vor der Arbeit auf die Toilette gehen.“ (rsch.)

Höchster Klinikum erweitert Palliativmedizin

Die Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen im städtischen Klinikum Höchst soll verbessert werden. Wie der Verwaltungsdirektor der Klinik, Ralph Freiherr von Follenius, mitteilte, wird voraussichtlich bis Herbst eine Station zunächst teilweise für Palliativmedizin hergerichtet. Die Räume würden wohnlicher gestaltet, und Pflegepersonal von anderen Abteilungen werde dort eingesetzt. Langfristig, so Follenius, werde am Höchster Krankenhaus eine komplette Station für Palliativmedizin eingerichtet.

Der Verwaltungschef wies zugleich darauf hin, dass ein Sterben in Würde an seiner Klinik schon jetzt möglich sei. Todkranke würden von speziell ausgebildeten Krankenschwestern betreut mit dem Ziel, die Qualität ihrer noch verbleibenden Lebenszeit zu verbessern. Zurzeit werde daran gearbeitet, die Palliativmedizin zu optimieren. Mit dem Thema befasst sich eine öffentliche Podiumsdiskussion am Montag von 18 Uhr an im Höchster Klinikum (Saal im Hauptgebäude, 2. Etage). *rig.*

„3,5 Millionen Euro sind viel Geld“

Finanzierung für Weltkulturen-Museum stößt auf Kritik

Wie eng oder weit ist der finanzielle Rahmen für einen Neubau des Museums der Weltkulturen? Nachdem die Entscheidung des Magistrats bekanntgegeben ist, das Museum auf dem Degussa-Areal unterzubringen, beschäftigt die Römerfraktionen vor allem die Frage der Finanzierung. Im Koalitionsvertrag hatten CDU und Grüne vereinbart, dass eine Erweiterung des Museums der Weltkulturen angestrebt wird, die den „Rahmen der finanziellen Möglichkeiten“ nicht sprengt. Nun hat die Oberbürgermeisterin mit dem Grundstückseigentümer, der Deutsche Immobilien Chancen (DIC), ein Konzept vereinbart, das mit einer Jahresmiete von geschätzten 3,5 Millionen Euro zu Buche schlagen wird (F.A.Z. vom Donnerstag). Der Investor DIC soll für 59 Millionen Euro einen Neubau auf das Degussa-Gelände setzen, den die Stadt für 25 Jahre anmietet wird. Die Koalition reagierte gestern zwar im Großen und Ganzen zustimmend auf die Lösung für den lange gesuchten Standort. Aber die Frage der Finanzierung steht auch für sie noch ungeklärt im Vordergrund.

„Die Pläne stehen auf einer Seite, die Finanzierung auf einer anderen“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Markus Frank. Zwar sei das Degussa-Areal, an dessen östlicher Seite der Neubau gegenüber vom Karmeliterkloster entstehen soll, „sicher ein guter Standort“. Doch die Wirtschaftlichkeit müsse noch geprüft werden. „3,5 Millionen sind für jemanden wie mich, der aus dem Mittelstand kommt, viel Geld.“ Sein Pendant bei den Grünen, Olaf Cunitz, hält den Standort ebenfalls für „interessant“. Doch er pocht auf die Einhaltung des Koalitionsvertrags. Den entsprechenden Passus zu den Kosten will der Fraktionsvorsitzende „dick unterstreichen“: „So, wie sich die Zahlen darstellen, ist das äußerst diskussionswürdig.“ Bis das Konzept vorgestellt wird, will Cunitz die anderen Möglichkeiten – im Gespräch war etwa, das Museum auf dem Gelände des Bordells Sudfass am Mainufer unterzubringen – nicht vorsehen vom Tisch wischen. „Man kann auch an anderer Stelle etwas Passendes realisieren.“ Kulturdezernent Semmelroth, der stets für eine deutliche Zuordnung des Neubaus zum Museumsufer votiert hatte, sagte, die Lage im Zentrum des Degussa-Areals sei „in hohem Maße angemessen“.

Elke Tafel, planungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, war „mittelschwer entsetzt“, als sie gestern von der Lösung

erfuhr. Sie verstehe nicht, warum die Koalition „auf Gedeih und Verderb“ am Standort Degussa-Gelände festhalte. An anderer Stelle, sogar im Europaviertel, sei das Museum, das sich Außenflächen wünsche, besser aufgehoben als auf „diesem eingeengten Areal“. Tafel favorisiert eine Erweiterung im Museumspark des bisherigen Domizils nach Vorbild des unterirdischen Stadel-Anbaus. Gegen diese von den Grünen verhinderte Variante sprächen nur „zwei Bäumchen“. Auch die BFF-Fraktion teilt mit, sie stimme für eine Erweiterung am bisherigen Standort statt der „zu kostspieligen Lösung am falschen Ort“. Die Linke will den jetzigen Standort beibehalten.

Mit Blick auf die Entfernung zum Mainufer sagt Tafel, das Museum drohe nun, in eine „B-Lage“ abzuwandern. Zudem seien die Mietkosten übersteuert: „Die Koalition schmeißt das Geld zum Fenster raus.“ Der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jochem Heumann, ist der Ansicht, dass ein Neubau im Museumspark kaum billiger zu bekommen sei. Schon 1988 hatte die Stadt ein solches Unterfangen auf 82 Millionen Mark berechnet. Er halte den Platz für den „optimalen Standort“. Zudem gehe es mit dem privaten Investor „schneller, als wenn wir selbst bauen würden“. 2013 war als Termin für die Fertigstellung genannt worden. Stefan Majer (Die Grünen) plädiert aus funktionalen Gründen dafür, den Bau auf dem Degussa-Gelände nicht an den Ufermalkai zu rücken. An dieser Stelle sind Wohnungen geplant. „Am Mainufer hätten wir eine prominente Lage, aber einen relativ hermetischen Kasten. Wohnungen brauchen Licht.“ Zwar liege der gewählte Standort derzeit noch in der zweiten Reihe, nach der Aufwertung des Degussa-Geländes werde der Platz aber „keine Hinterhoflage“ mehr sein.

Das Vorhaben, ein international renommiertes Architekturbüro mit der Planung zu beauftragen, findet innerhalb der CDU Unterstützung: „Das Museum kann durch seine Architektur demonstrieren: Ich bin ein tolles Gebäude“, sagte Heumann. Roth hatte gesagt, sie wünsche sich einen „Bau wie Guggenheim in Bilbao“. Annette Rinn, Fraktionsvorsitzende der FDP, hält den Standort hingegen für ungeeignet. „Eine Positionierung in Richtung Main würde mir besser gefallen. Wenn man einen Haufen Geld für Startarchitekten ausgibt und dann das Gebäude hinter Häusern versteckt, ist das vollkommen unsinnig.“ *rsch.*

Großkontrollen im Taxi-Gewerbe

Mehrere hundert Taxis hat die Stadtpolizei gestern am Flughafen, Hauptbahnhof und an zahlreichen anderen Halteplätzen im gesamten Stadtgebiet kontrolliert. Es sei darum gegangen, Mängel aufzudecken und auch zu ahnden, teilte Ordnungszernent Volker Stein (FDP) mit. In der Vergangenheit habe es immer wieder Hinweise darauf gegeben, dass Fahrer ohne entsprechende Erlaubnis unterwegs seien und Lizenzen illegal weitergegeben würden. Fahrgäste beschwerten sich vor allem darüber, dass Taxis unsauber seien und einige Fahrer den Weg nicht fänden. Diesen Hinweisen wolle man nachgehen, so Stein. Nach einer vorläufigen Bilanz entdeckten die Stadtpolizisten gestern vor allem Mängel bei den mitzuführenden Papieren. In einzelnen Fällen fehlte die Taxenordnung der Stadt, auf den Quittungsböckchen fehlte die Ordnungsnummer, einige Wagen hatten die Tarife für den Kunden nicht sichtbar ausliegen oder das Unternehmerschild neben dem Armaturenbrett nicht angebracht. Je nach Verstoß müssen die Unternehmer oder Fahrer mit einem Bußgeld rechnen. „Das Ziel ist es, im Taxi-Gewerbe einen höheren Qualitätsstandard zu erreichen“, sagte Stein. Die Taxifahrer reagierten verständnisvoll auf die Kontrollen. Die Überprüfungen, so Stein, würden auch in Zukunft fortgesetzt. *isk.*

Prüll verlässt Fraktion des BFF, Müller kommt

Die Stadtverordnete Friederike Prüll hat die BFF-Fraktion verlassen. Wie die Freien Wähler mitteilen, will sich Prüll (Foto), die als Mitglied der Tierschutzpartei 2006 auf der BFF-Liste in den Römer gewählt worden war, künftig stärker um ihren Beruf und das Thema Tierschutz kümmern. Die Vierundvierzigjährige ist nach Angaben der Fraktion als Sachbearbeiterin bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit tätig. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Hübner lobte Prüll als „politisch glaubwürdige und überaus gewissenhafte Mitarbeiterin“. Sie habe sich in den vergangenen zwei Jahren in den Ausschüssen Umwelt und Sport sowie Soziales und Gesundheit „Anerkennung und Sympathie“ erworben. Er hob hervor, dass nicht Differenzen der Grund für das Ausscheiden gewesen seien.

Für Prüll rückt der 60 Jahre alte gebürtige Frankfurter Hans-Günter Müller nach. Müller ist Kaufmann und sitzt für die Freien Wähler im Ortsbeirat 9 (Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim). Früher war er in der CDU. Er hat zwei Kinder. Drittes Fraktionsmitglied bleibt Katharina von Beckh, die fortan als stellvertretende Vorsitzende fungiert. *trö.*



Foto: Rainer Wolfahrt

ANZEIGE

Ihr Fachgeschäft für
Edle Teppiche
• Verkauf • Hand-Biowäsche • Reparatur
Farzian Seit 1991 in Friedrichsdorf/Hugonottenstr. 40
Tel.: 06172 - 763620

sich in den nächsten Tagen zeigen. Dass zehn Jahre nach dem grausamen Verbrechen so viele Anrufe eingegangen sind, wertete Sturmleit als „gutes Zeichen“.

Die Polizei hatte sich abermals an die Öffentlichkeit gewandt, nachdem sich bei einer wiederholten Sichtung der Akten eine neue Spur aufgetan hatte. Demnach fahndet die Polizei nun nach einem Mann, der sich laut Zeugenaussagen am Tattag, dem 26. März 1998, in der Nähe des Tatortes aufgehalten hatte. Eine Schülerin hatte einen 20 bis 30 Jahre alten schäbig gekleideten Mann gesehen, der sein langes Haar zu einem Pferdeschwanz gebunden hatte, wie Chefermittler Uwe Fey mitteilte. Eine ähnliche Per-

Clever sparen mit Marken-Produkten
GARTENMÖBEL

Schau-Sonntag • 6.4.2008 • 11 – 17 Uhr*
* Nur Besichtigung, keine Beratung, kein Verkauf.

Alberti
Gartenmöbel • Gartentechnik • Eisenwaren
OBERURSEL • Strackgasse 6 • Tel. 06171/50680

am Haus Zufahrt
Korridor oder
Parkhaus Stadthalle
(7min)

Lieferservice
Fachliche
Beratung

Kurze Meldungen

Die B-Ebene der Hauptwache bleibt von morgen an nachts für Obdachlose geschlossen. Die Verkehrsgesellschaft teilte mit, wegen der milderen Temperaturen sei es „nicht mehr nötig“, diese Übernachtungsmöglichkeit weiterhin anzubieten. Die B-Ebene war seit dem 17. November jede Nacht zwischen 22 und 6 Uhr geöffnet.

net gewesen. Die VGF zählte in den 137 Nächten seither 5281 Übernachtungen, das sind im Schnitt 38 je Nacht. *trö.*
Eine Vogelstimmen-Führung veranstaltet morgen die BUND-Naturschutzgruppe Seckbach. Treffpunkt ist um 7 Uhr die Bushaltestelle Leonhardsgasse in Seckbach. Die Teilnahme ist unentgeltlich. *mch.*

RHEIN-MAIN-ZEITUNG

Zeitung für Frankfurt

VERANTWORTLICHE REDAKTEUR: Dr. Matthias Alexander (Stadt) und Peter Lückemeier (Region). Patricia Andrae, Peter Badenhop, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Ingrid Karb, Hans Riessmann, Tobias Rösman, Brigitte Roth, Rainer Schulze, Helmut Schwann, Dieter Schwöbel, Stefan Toepfer, Matthias Trautsch, Jacqueline Vogt, Cornelia von Wrangel, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Harald Budweg, Konstanze Crüwell, Katharina Deschka-Hoek, Eva-Maria Magel.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Tim Kanning, Jochen Remmert, Thorsten Winter.

HOCHSCHULSEITE: Sascha Zoske.

KORRESPONDENTEN: Aschaffenburg: Dr. Ewald Hetzrodt, Darmstadt: Rainer Hein, Kreis Darmstadt-Dieburg: Werner Breunig, Kreis Groß-Gerau: Hannes Mattes, Hochtaunuskreis: Bernhard Biener, Main-Kinzig-Kreis: Luise Glaser-Lotz, Main-Taunus-Kreis: Heike Latka, Mainz: Markus Schug, Offenbach: Anton Jakob Weinberger, Kreis Offenbach: Eberhard Schwarz, Rheingau-Taunus-Kreis: Oliver Beck, Wetteraukreis: Wolfram Ahlers, Wiesbaden: Heidi Müller-Gerbes, Landtag: Ralf Euler.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Jörg Hahn; zuständige Redakteur: Uwe Marx; Marc Heinrich, Leonhard Kazda, Ralf Weibrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4,
60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
Redaktions-Telefax (069) 7591-1773 und -2075,
E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Wolf-Dietrich Auerbach. Zeitungsanzeigengesellschaft Rhein-MainMedia mbH, Frankfurter Allee 71 – 81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-4000, Telefax (069) 7501-4105. Anzeigenpreise laut Rhein-MainMedia-Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2008 und Rubrikenpreise laut Rhein Main Markt Preisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2007.

Abonnementsannahme am Schalter (Nähe Galluswarte).

Beilagenhinweis: Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der folgenden Firmen bei: **Fahrrad Denfeld; Nagel Home Company; Media Markt.**
Informationen zur Prospektwerbung: Telefon: 0 69 / 75 01 - 41 13; Telefax: 0 69 / 75 01 - 41 16; E-mail: beilagen@rheinmainmedia.de